

Berlin dreht Geldhahn zu

SOZIALE STADT Radikale Mittelkürzung sorgt in Mainz für Entsetzen / Etliche Projekte nun auf der Kippe

Von
Frank Schmidt-Wyck

MAINZ. Bestürzt haben Mainzer Politiker gestern auf die Nachricht aus Berlin reagiert, dass die Mittel des Bund-Länder-Förderprogramms „Soziale Stadt“ von zuletzt 95 Millionen Euro um mehr als zwei Drittel auf 28,5 Millionen für 2011 gekürzt werden. Das hat der Haushaltsausschuss des Bundestages mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre CDU und FDP beschlossen.

Das Programm war im Jahr 1999 gestartet worden, um durch finanzielle Unterstützung baulicher sowie sozialer Projekte die Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtvierteln zu verbessern. Die einzelnen Maßnahmen werden dabei zu 80 Prozent von Bund und Land bezuschusst, 20 Prozent steuert die Kommune bei. Unter Einbeziehung der Bürger koordiniert vor Ort ein Quartiermanagement die Verwendung der Mittel, in Mainz sind derzeit die Stadtteile Neustadt, Mombach und Lerchenberg so genannte regionale Fenster der „Sozialen Stadt“. Laut Sozialdezernat sind seit dem Jahr 2000 in Mainz inklusive des städtischen Eigenanteils bislang insgesamt 12,6 Millionen Euro in Projekte der „Sozialen Stadt“ geflossen, beispielsweise in die

Erneuerung des Wasserspielplatzes auf dem Goetheplatz.

„Es ärgert mich tierisch, was da abgeht“, machte Sozialdezernent Kurt Merkator (SPD) gestern keinen Hehl aus seiner Frustration. Noch sei unklar, wie sich die radikale Streichung auf Mainz auswirken wird, doch er befürchte „das Schlimmste“. Denkbar sei eine lineare Kür-

zung ebenso wie eine Beschränkung auf künftig nur noch ein Quartier. Zunächst müsse abgewartet werden, was auf Landesebene entschieden werde, womöglich würden die verbleibenden Mittel auch stärker auf die Großstädte konzentriert. Das Aus für das Quartiermanagement sei in jedem Fall zu befürchten.

Von einer „absoluten Katastrophe“ und einem „Schlag ins Gesicht engagierter Bürger“ sprach Mombachs Ortsvorsteherin Eleonore Lossen-Geißler (SPD). Kein Verständnis habe sie auch dafür, dass laut Bundesregierung die Förderung auf investive, sprich bauliche Maßnahmen konzentriert werden soll: „Ich weiß nicht, wie die ganzen

sozialen Aktivitäten, die hier entstanden sind, aufrechterhalten werden sollen.“ Auch das zentrale bauliche Projekt der „Sozialen Stadt“ in Mombach, die Neugestaltung der Hauptstraße, sieht sie nun in Gefahr.

„Genau die Mittel, die das Soziale an diesem Programm ausmachen, werden nun gestrichen“, äußerte sich Neustadt-Ortsvorsteher Nico Kломann ebenfalls schockiert. „Wenn im sozialen Bereich nichts mehr fließt, wird uns die Grundlage entzogen“, sagte auch Angelika Stahl (CDU) vom Lerchenberg, die nicht mit Kritik an ihrer eigenen Bundespartei sparte: „Man muss nicht immer zu allen Entscheidungen seiner Partei stehen. Ich spreche hier als Ortsvorsteherin.“ Als Stadtteil mit hohem Migrantanteil brauche der Lerchenberg diese Mittel „ganz dringend“, aus ihrer Sicht sei in Berlin der Rotstift an der falschen Stelle angesetzt worden. Auf dem Lerchenberg sei mithilfe der „Sozialen Stadt“ bisher der Regenbogentreff renoviert worden, außerdem seien gerade 170000 Euro für die Umgestaltung des Spielplatzes am Brahmweg bewilligt worden. Nun sei zu befürchten, dass es mit der angestrebten Aufwertung des maroden Einkaufszentrums an der Hindemithstraße nichts werde.

► **INTERVIEW**